



Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D., Leiter der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin

## SECHS FRAGEN AN KARSTEN NEUHOFF

# »Eine Kombination von dynamischer Zuteilung und Einbeziehung des Konsums in den Emissionshandel wäre vorteilhaft«

- Herr Neuhoff, den europäischen Emissionsrechtehandel gibt es mittlerweile seit zehn Jahren. Inwieweit hat sich das System bewährt? Der europäische Emissionsrechtehandel hat erstens gezeigt, dass Europa gemeinsam handelt und den Klimaschutz ernst nimmt. Er hat zweitens einen langfristigen Rahmen für Emissionsreduktionen geschaffen. Drittens wurden mit dem Preissignal Unternehmen dabei unterstützt, effiziente Emissionsminderungsoptionen zu berücksichtigen. Allerdings ist seit 2012 der CO<sub>2</sub>-Preis stark eingebrochen. Hier wurde gerade mit der Marktstabilitätsreserve auf europäischer Ebene gegengesteuert.
- Wo liegen die Schwachstellen des Systems? Als der europäische Emissionshandel eingeführt wurde, erwartete man in wenigen Jahren einen globalen CO<sub>2</sub>-Preis. Die internationale Entwicklung zeigt jedoch, dass die Länder unterschiedliche Politikmaßnahmen verwenden, um ihre Klimaschutzziele zu erreichen. Deswegen müssen wir mit unterschiedlichen CO<sub>2</sub>-Preisen in verschiedenen Regionen auskommen. Die Hersteller von CO<sub>2</sub>-intensiven Materialien haben Anreize, die Produktion zu verlagern, wenn sie die CO<sub>2</sub>-Kosten voll tragen müssen. Um das zu vermeiden, werden Carbon-Leakage-Schutzmaßnahmen implementiert. Zum Beispiel bekommen Produzenten CO<sub>2</sub>-Zertifikate umsonst zugeteilt, um die Mehrkosten abzufedern.
- In welchem Umfang findet die Verlagerung der Produktion CO<sub>2</sub>-intensiver Güter – also Carbon Leakage – statt? Wir haben uns das im Bereich von Stahl und Zement sehr detailliert angeschaut und kein Carbon Leakage festgestellt. Allerdings haben wir ja auch Carbon-Leakage-Schutzmaßnahmen. Die Zement- und Stahlindustrie hat in den letzten Jahren sogar mehr CO<sub>2</sub>-Zertifikate zugeteilt bekommen als sie für die Produktion benötigte.
- Ist das nicht ungerecht gegenüber den Industrien, die weniger CO<sub>2</sub> bei ihrer Produktion verursachen? Carbon-Leakage-Schutzmaßnahmen sind notwendig für die Hersteller von sehr CO<sub>2</sub>-intensiven Materialien. Für einen Großteil der Industrie sind CO<sub>2</sub>- und Energiekosten ein sehr geringer Anteil der Gesamtkosten und deswegen sind dort keine Schutzmaßnahmen notwendig.
- Wie kann man gewährleisten, dass die CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien noch einen Anreiz haben, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren? Seit 2013 basiert die Zuteilung von freien Zertifikaten auf einem Benchmark. Damit habe ich als Unternehmen Anreize, die Effizienz der Produktion zu verbessern, um so viele Zertifikate wie möglich verkaufen zu können oder weniger kaufen zu müssen. Mit der freien Zuteilung als Carbon-Leakage-Schutz gehen jedoch weiterhin die Anreize für Zwischen- und Endkunden verloren. Das heißt, die Tonne Stahl oder Zement wird nicht teurer und es gibt keine Anreize, diese Materialien effektiver zu verwenden, keine Chance, mit alternativen Materialien in den Wettbewerb zu treten und kein Vertrauen, dass Mehrkosten von innovativen Prozessen wie zum Beispiel CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung gedeckt werden. Hier haben die bisherigen Carbon-Leakage-Schutzmaßnahmen negative Auswirkungen.
- Wie sollte dieses System in Zukunft weiterentwickelt werden? Wir haben vier Optionen untersucht, wie Carbon-Leakage-Schutzmaßnahmen nach dem Jahr 2020 für CO<sub>2</sub>-intensive Materialien gestaltet werden können. Man kann mit der freien Ex-ante-Zuteilung weitermachen und leichte Verfeinerungen vornehmen, man kann diese dynamisieren und mehr an die Produktionsvolumen anpassen, oder man kann Grenzanpassungen, sogenannte border carbon adjustments, vornehmen. Oder man kann eine dynamische freie Zuteilung mit der Einbeziehung des Konsums in den Emissionshandel verbinden. Der Vorteil der letzten beiden Optionen ist, dass man das CO<sub>2</sub>-Preissignal nicht nur für Produzenten, sondern auch für Zwischen- und Endkunden erhält und damit die volle Wirkung des Emissionshandels für alle Treibhausgasreduktionspotentiale erschließen kann. Grenzanpassungen sind allerdings politisch schwer zu vermitteln. Die Einbeziehung des Konsums in den Emissionshandel hat hier Vorteile, ist aber administrativ aufwändiger. Dieser Aufwand erscheint jedoch angemessen, um die notwendigen Anreize für Innovation und Modernisierung zu geben.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Marie Kristin Marten  
Dr. Wolf-Peter Schill  
Dr. Vanessa von Schlippenbach

#### Lektorat

Philipp Richter  
Dr. Aleksandar Zaklan

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier